

„Wir müssen die Demokratie bewahren!“

Von E. Noldus.

Die Überschrift ist nicht zufällig gewählt; vielmehr taucht sie als Argument im Schlußteil des von Nadine Gewehr geführten Interviews auf. Frau Dött erwähnt, sie sei von ihrer Großmutter, einer „strengen und sehr demokratischen Frau“ großgezogen worden. Deren Generation habe ja erfahren müssen, wohin eine antidemokratische Politik führe. Das dürfe, so Dött, nie wieder passieren. „Mit einer Partei wie der AfD könnte es anfangen.“

Frage: Wie möchten Sie die Demokratie bewahren?

Antwort: „Durch Aufklärung. Durch Fakten. Durch Ehrlich- und Wahrhaftigkeit. Lügen schaffen nichts als Misstrauen. Gezielt Falschinformationen zu säen, bringt die Demokratie in Gefahr. Weil wir unsere Entscheidungen auf der Basis von Fakten treffen müssen. Das gilt nicht nur für uns Politiker, sondern für jeden einzelnen Bürger. Es ist ein großes Glück, in einer Demokratie leben zu dürfen. Neben den vielen Rechten, die wir hier genießen, haben wir die große Pflicht, diese Demokratie zu bewahren und gegen Angriffe zu schützen.“

Wir wollen diese Äußerungen nicht ausführlich kommentieren, nehmen aber als Partei in Anspruch, im Rahmen der Gesetze für unsere Ziele zu werben. In der Präambel des „Programms für Deutschland“ der AfD heißt es unter anderem:

„Wir setzen uns mit ganzer Kraft dafür ein, unser Land im Geist von Freiheit und Demokratie grundlegend zu erneuern und eben diesen Prinzipien wieder Geltung zu verschaffen. Wir sind offen gegenüber der Welt, wollen aber Deutsche sein und bleiben. Wir wollen die Würde des Menschen, die Familie mit Kindern, unsere abendländische christliche Kultur, unsere Sprache und Tradition in einem friedlichen, demokratischen und souveränen Nationalstaat des deutschen Volkes dauerhaft erhalten.“

Unsere Ziele werden Wirklichkeit, indem wir den Staat und seine Organe wieder in den Dienst der Bürger stellen, so wie es der im Grundgesetz geregelte Amtseid aller Regierungsmitglieder vorsieht.“

Wir stimmen Frau Dött zu, das große Glück zu haben, in einer Demokratie leben zu dürfen. Gerade Eltern, die den Krieg als junge Menschen miterlebt haben, haben dieses Gefühl der Dankbarkeit an uns Kinder weitergegeben. Die Gefahren für unsere Demokratie kommen aus einer ganz anderen Richtung, und wenn Frau Dött solchen Wert auf ethische Normen legt, sollte sie diese einmal der Kanzlerin vor Augen halten.

Am gleichen Tag veröffentlichte die WAZ auch ein Interview mit dem hessischen Ministerpräsident Volker Bouffier, der sich nicht nur um den Zustand der Großen Koalition, sondern auch um die Herausforderung am rechten Rand sorgte.

Tim Braune und Jochen Gaugele stellten die Fragen, von denen uns natürlich die Haltung zur AfD besonders interessiert. Der Frage, die Beförderung Maaßens sei ein „Konjunkturprogramm für den rechten politischen Rand“, entgegnet Bouffier:

„Die Bürger verstehen diese Entscheidung nicht. Das kann man ihnen nicht verübeln. Aber ich würde das nicht gleich auf die rechte Schiene schieben. Wir dürfen unsere Politik nicht danach ausrichten, ob sie der AfD nutzt oder schadet. Wir müssen eine Politik machen, die wir für richtig halten und die den Menschen nützt. Das ist auch die beste Form der Auseinandersetzung mit der AfD – und nimmt ihnen die Wähler wieder weg.“

Frage: Sie können aus AfD-Wählern nicht so einfach CDU-Wähler machen.

Antwort: „Die Extremen erreichen wir nicht, und die will ich auch nicht. Aber ich will diejenigen

überzeugen, die sich überlegen, ob die CDU einen Denkkzettel braucht. Wir müssen Lösungen zeigen – gerade bei so schwierigen Themen wie Migration und Integration.“

Frage: Das sagen Sie schon länger – und die AfD wird immer stärker.

Antwort: „Das ist kein Naturgesetz. Ich führe eine sehr harte Auseinandersetzung mit der AfD. Die AfD reißt die Brandmauern zum Extremismus nieder. Sie ist keine Alternative für Deutschland, sie ist eine Gefahr für Deutschland. Für diese Entwicklung mache ich den Parteivorsitzenden Gauland persönlich verantwortlich. Er macht den Staat verächtlich. Er spricht davon, das System zu überwinden. Die AfD macht eine Kampfansage an die Grundlagen unserer Demokratie. Wenn wir denen das durchgehen lassen, versagen wir vor der Geschichte.“

Es ist schade, daß Bouffier sich nicht die Metapher vom „Misthaufen der Geschichte“ zu eigen gemacht hat, auf dem ein gewisser Martin Schulz es sich bekanntlich bequem gemacht hat...

Aber überlassen wir die Polemik dem politischen Gegner und bleiben sachlich. Maaßen ist als Präsident des Verfassungsschutzes gestürzt worden, weil er der Kanzlerin hinsichtlich der Beurteilung der von uns ausführlich behandelten Ereignisse von Chemnitz widersprochen hat. Nicht die dann doch unterbliebene „Beförderung“ ist das Problem, sondern die offensichtlichen Manipulationen der Medien, welche die Äußerungen der Kanzlerin über die „Hetzjagd“ zum Schaden des deutschen Ansehens in der Welt unkritisch weitergetragen haben. Nicht die „Causa Maaßen“ ist das Problem, wie der hier befragte Ministerpräsident es uns weismachen will, sondern die Diffamierung eines ganzen Bundeslandes und seiner Bevölkerung auch dann noch, als sich ein Regierungssprecher Seibert nicht auf „semantische Diskussionen“ über einen Begriff einlassen will und diesen („Hetzjagd“) dadurch zurücknimmt. Wenn Herr Bouffier eine Politik machen will, die den Menschen nützt, wie er es sagt, hat er reichlich Zeit dazu gehabt und soll das im übrigen der Kanzlerin vorhalten; aber dafür fehlt ihm und der ganzen Entourage der Mut.

„Die AfD macht eine Kampfansage an die Grundlagen unserer Demokratie.“

Diese Behauptung Bouffiers ist für jeden politisch auch nur einigermaßen interessierten Menschen als lächerlich zu erkennen. Es ist in der Tat so, daß die permanente Beleidigung der Person, die manchen AfD-Parteimitgliedern im öffentlichen Umfeld entgegenschlägt, unkluge Äußerungen provozieren soll. Aber je erfolgreicher sich die AfD dem Votum der Wähler stellt, desto mehr stehen die Parteimitglieder über pauschale Diffamierungen.

Auch ein Herr Bouffier wird sich dem Wähler stellen müssen; und dann wird sich zeigen, was seine Politik bewirkt hat.

Was hinter diesen von Frau Dött heraufbeschworenen Gefahren für die Demokratie steht oder hinter der von Herrn Bouffier sorgsam errichteten Brandmauer, könnte Stoff für eine lange Ausarbeitung sein. Immanuel Kant hat in seiner Schrift „Was ist Aufklärung“ aus dem Jahre 1784 diese Frage beantwortet. In eckigen Klammern geben wir zum besseren Verständnis des Textes kurze Erläuterungen und überlassen das Urteil darüber dem mündigen Leser.

Für Kant ist Aufklärung der Ausgang des Menschen aus seiner selbst verschuldeten Unmündigkeit. Unmündigkeit sei das Unvermögen, sich seines Verstandes ohne Leitung eines anderen zu bedienen. Für Kant liegt es in der Natur des Menschen, bequem zu sein, so daß er den beschwerlichen Schritt zur Mündigkeit gerne unterläßt. Daß dieser Schritt aber auch noch gefährlich sei, „dafür sorgen schon jene Vormünder [Große Koalition], die die Oberaufsicht über sie gütigst auf sich genommen haben. Nachdem sie ihr Hausvieh [der Wähler] zuerst dumm gemacht haben und sorgfältig verhüteten, daß diese ruhigen Geschöpfe [der deutsche Michel] ja keinen Schritt außer dem Gängelwagen, darin sie sie einsperrten [politische Korrektheit], wagen durften, so zeigen sie ihnen nachher die Gefahr, die ihnen droht, wenn sie es versuchen allein zu gehen [AfD zu wählen].“